

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 72 (1980)

Heft: 11

Artikel: Für Brot, Frieden und Freiheit

Autor: Kok, Wim

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Für Brot, Frieden und Freiheit

Wim Kok

Mit grossem Vergnügen habe ich die Einladung angenommen, hier über die Aufgaben der Internationalen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen. Zuerst aber möchte ich dem SGB recht herzlich gratulieren zu seinem hundertjährigen Jubiläum und den Wunsch aussprechen, dass der SGB durch diese Feier und das gestern beschlossene Aktionsprogramm erneut in der Lage ist, seine Aufgaben national und international zu erfüllen.

Ich überbringe Ihnen heute die freundlichen Grüsse der Internationalen Gewerkschaftsbewegung und im besonderen die des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Der SGB kann auf unsere Solidarität rechnen und der EGB und speziell der IBFG vertrauen voll auf Ihre Hilfe, Freundschaft und Solidarität, um die internationalen Probleme, denen die Menschheit gegenübersteht, mit uns zu lösen.

Ich möchte dem SGB danken für seine bisherigen Bemühungen, eine gerechtere Welt zustande zu bringen, und ich rufe ihn auf, sich verstärkt mit uns für grundlegende soziale Werte einzusetzen. In der ganzen Welt bleibt die Verteilung von Einkommen und Wohlstand und von politischer bzw. wirtschaftlicher Macht, in sehr wenigen Händen konzentriert. Diese Situation muss sich ändern.

Die Position der Mehrheit der Bevölkerung muss, absolut wie auch relativ gesehen, verbessert werden. Die Strategien für die Beschäftigung und die Grundbedürfnisse der Menschen sollten in jeder Regierungspolitik einen vorrangigen Platz einnehmen. Es geht einfach nicht, dass – sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrieländern – die dringendsten Probleme von Millionen von Menschen übersehen werden. Die Schaffung einer neuen Sozialordnung ist daher ebenso wichtig wie die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung. Beide müssen sich parallel entwickeln.

Ich werde heute natürlich nicht alle Aufgaben der Internationalen Gewerkschaftsbewegung berühren und beschränke mich auf drei Hauptthemen:

- die sozialwirtschaftliche Lage und die Herausforderungen der 80er Jahre: die Politik des EGB in dieser Beziehung;
- der Einfluss der Gewerkschaften und die Demokratisierung;
- die Dritte Welt und die internationale Gewerkschaftssolidarität.

Die sozialwirtschaftliche Lage und die Herausforderungen der 80er Jahre.

Falls die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Regierungen fortgesetzt wird, ist für 1980 ein wesentlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit für fast ganz Westeuropa vorzusehen. Wahrscheinlich wird im Verlauf von die-

sem Jahr die Arbeitslosigkeit in Westeuropa auf 9 Millionen oder 6,3% ansteigen. Hinzu kommt eine Dunkelziffer von etwa 4 Millionen Arbeitsloser, die nicht registriert sind. Die schwächeren Gruppen in unserer Gesellschaft (Jugendliche, Frauen) sind am schwersten davon betroffen. Die Arbeitslosigkeit bei Frauen wächst in den letzten Jahren viel schneller als bei den Männern. Beinahe die Hälfte der Arbeitslosen sind unter 25 Jahren.

Die Arbeitnehmer in den schwachen Regionen und Wirtschaftsbranchen bekommen die Folgen der Krise am schärfsten zu spüren. Die Bundes- und Landesregierungen stehen diesen Problemen oft ratlos gegenüber, während die Proteste aus der Arbeitnehmerschaft immer lauter werden. Die Regierungen ergreifen keine oder zu beschränkte Initiativen, um die Arbeitslosigkeit tatkräftig zu bekämpfen.

Eine strukturelle Arbeitslosigkeit zerstört die Persönlichkeit des einzelnen. Sie ist darüber hinaus aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Verschwendug, gesellschaftlich schädlich und politisch gefährlich. Denn die Zukunft der Demokratie steht auf dem Spiel, wenn die Arbeitslosigkeit wuchert und die Bürger auf die Wirtschaftsentwicklung keinen Einfluss nehmen können; wenn von den Arbeitnehmern verlangt wird, Kaufkraftverluste zu akzeptieren und hinzunehmen, dass soziale Errungenschaften und öffentliche Vorkehrungen angegriffen werden, die gerade für die unteren Einkommensgruppen lebensnotwendig sind. Eine Reihe von Regierungen und europäischen Institutionen geben sich einem passiven Pessimismus hin, anstatt eine umfassende gezielte Politik zur Lösung der Krise auszuarbeiten. Sie behaupten einfach, die Arbeitskosten seien zu hoch, die Sozialvorkehrungen zu teuer und die Defizite in den Staatshaushalten überhöht. Und damit Schluss.

Es ist enttäuschend, feststellen zu müssen, dass die verantwortlichen Politiker sich so wenig um die realen sozialen Bedürfnisse und Nöte kümmern und offensichtlich weiterhin finanziellen und wirtschaftlichen Interessen den Vortritt lassen.

Die Arbeitgeber in den meisten Ländern reagieren in ähnlicher Weise. Sie machen die Gewerkschaften für die kritische Wirtschaftslage verantwortlich. Sie sagen, mehr Gewinne würden zu grösserem Wirtschaftswachstum und damit zu mehr Arbeitsplätzen führen. In der Praxis sieht das aber oft ganz anders aus. Die Gewinne werden für Rationalisierung eingesetzt, die gerade darauf ausgerichtet sind, Arbeitsplätze einzusparen, und die Zahl der Arbeitslosen noch zu erhöhen; die Qualität der Arbeit vermindert sich oft, anstatt humanere Arbeitsplätze zu schaffen. Die Arbeitnehmer sind direkt betroffen. Dennoch weigern sich die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer oder die Regierungen an den Investitionsentscheidungen zu beteiligen. Die Arbeitgeber behaupten, die Arbeitslosigkeit sei nur halb so schlimm, es komme vielmehr darauf an, die Mobilität der Arbeitnehmer zu vergrössern und Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt besser aufeinander abzustimmen. Nach Ansicht der Arbeitgeber ist auch Bekämpfung der Inflation erforderlich, aber eine Preiskontrolle, die

doch zur Inflationsbekämpfung unerlässlich ist, lehnen sie ab. Auf europäischer Ebene gehen die Arbeitgeber einem echten Dialog, geschweige denn Verhandlungen, weiterhin aus dem Wege.

Die Herausforderungen für die 80er Jahre verschärfen die wachsenden heutigen Probleme.

Ich befürchte, dass die Arbeitslosigkeit sich in den kommenden fünf Jahren verdoppeln wird, wenn keine tiefgreifenden, wirksamen Massnahmen ergriffen werden. Diese Furcht stützt sich auf vorhersehbare Entwicklungen, wie zum Beispiel die Zunahme der Erwerbstätigen, die niedrige Wachstumsrate, die grundlegenden strukturellen Änderungen im Welthandel und in der Produktion, die sich wandelnde Rolle Westeuropas in der Welt. Hinzu kommen die technologischen Neuerungen (z.B. Mikroprozessoren), deren Auswirkungen auf die qualitative und quantitative Beschäftigung sich noch kaum absehen lassen, und die zunehmenden Konsequenzen unserer Energie- und Rohstoffabhängigkeit.

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI) – ein Institut der europäischen Gewerkschaftsbewegung für Forschung, Information, Dokumentation und Bildung – hat seinen letzten Bericht «Die europäische Wirtschaft 1980–1985 – Ein Orientierungsplan zur Vollbeschäftigung» veröffentlicht, daraus geht hervor, dass die Schaffung von 15 Millionen Arbeitsplätzen in Westeuropa bis 1985 notwendig ist, um die Arbeitslosenquoten unter 2% herabzusetzen.

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut schlägt hierzu auch eine ganze Menge Massnahmen vor und hat als zentrales Thema, dass die Wirtschaftspolitik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein muss. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Umverteilung der Arbeit müssen im Rahmen des qualitativen und quantitativen Wachstums ein zentraler Bestandteil eines Orientierungsplans für die Vollbeschäftigung bilden.

Das EGI, das bis heute hauptsächlich von der EG finanziert wird, hat sich trotz seines kurzen Lebens (seit 1978) als ein wirksames Instrument der Europäischen Gewerkschaftsbewegung bewährt. Ich hoffe, dass auch die einzelnen Regierungen der EFTA-Länder bereit sind, diese Arbeit finanziell zu unterstützen und auch auf diese Weise dem EGB bei seiner Kampagne zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu helfen.

Politik des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

Obwohl die Arbeitslosigkeit von Land zu Land und auch von Region zu Region verschieden ist, stand und steht die enorme Herausforderung der grossen Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt des letzten Kongresses und vieler Vorstandssitzungen des EGB. Dabei versuchen wir nicht nur das Problem für die politisch Verantwortlichen bei Regierungen und europäischen Institutionen in Erinnerung zu rufen, sondern auch eigene Elemente zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung herauszuarbeiten. Der

EGB fordert im sozio-ökonomischen Bereich, dass eine programmierte Wiederbelebungsstrategie in Verbindung mit einer weltweiten Wachstumsstrategie erarbeitet wird.

Der weltweite Aspekt ist besonders deswegen notwendig, um den Interessen der Entwicklungsländer Rechnung zu tragen. Das Ziel, einen menschenwürdigen Arbeitsplatz für jeden zu schaffen, der arbeiten kann und will, muss das Kernziel sein, um das herum die anderen Zielsetzungen gruppiert werden. Natürlich gibt es eine direkte Beziehung zwischen der Beschäftigungspolitik und unseren Forderungen nach Demokratie, Sicherung und Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

In den Verhandlungen mit den Arbeitgebern auf allen Ebenen werden wir immer auf unseren Vorschlägen und Forderungen, um Arbeit zu schaffen, Arbeit zu behalten, die Arbeit besser zu verteilen und die Qualität der Arbeit zu verbessern, bestehen müssen.

Die *Forderungen des EGB* in diesem Bereich möchte ich hier wie folgt zusammenfassen:

- a) Ankurbelung der Wirtschaft durch die Beschleunigung einer gezielten und qualitativen Wachstumspolitik; d.h. in gleichem Masse auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebensqualität ausgerichtet. Das Wachstum muss eine wirtschaftliche Basis schaffen für die Finanzierung von mehr Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor.
- b) Kontrolle und soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung und der Einführung technologischer Neuerungen. Die technologische Entwicklung hat in der Vergangenheit das Beschäftigungsniveau in allen unseren Ländern sowohl in der Industrie als auch anderswo stark beeinträchtigt. Wir fordern Information, Konsultation, Verhandlungen und Vereinbarungen.
- c) Die Umverteilung der Arbeit mit Hilfe von verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung. Die Arbeitslosigkeit heute und auch in naher Zukunft kann nicht ausreichend durch die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gedämpft werden, so wichtig dies an sich auch ist. Auf seinem letzten Kongress hat der EGB beschlossen, gemeinsam den Versuch zu machen, die durchschnittliche Arbeitszeit um 10% in den nächsten (vier) Jahren zu reduzieren.

Im Sinne dieser Forderungen haben unsere Mitgliedsverbände in vielen Ländern schon zweimal Kampagnen durchgeführt, die vom EGB-Sekretariat in Brüssel koordiniert wurden. Gegenwärtig ist der EGB dabei, eine weitere Kampagne mit möglichst vielen konkreten Elementen vorzubereiten, und alle Mitgliedsverbände sind aufgerufen, ihren spezifischen Beitrag zu leisten.

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Überlegungen sind praktische Vorschläge zu entwickeln, wie wir Gewerkschafter in unseren Mitgliedsverbänden basisnahe Aktionen, d.h. mit höchstmöglicher Beteiligung unserer Mitglieder, verstärken können; die Aktionen müssen konkret

grenzüberschreitende Probleme aufgreifen und die europäischen Lösungen den betroffenen Arbeitnehmern ins Bewusstsein bringen.

Es gibt zur Zeit keinen hinreichenden übernationalen Rahmen für die Sozial- und Wirtschaftspolitik, und es mangelt an einer angemessenen internationalen Koordinierung. Dies gilt auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft, aber in verstärktem Masse für die EFTA, die sich – bedauernswert für den EGB – nur auf Freihandel beschränken will und nicht bereit ist, effektiv die sozialwirtschaftlichen Probleme zu attackieren. Viele Regierungen folgen einer «Beggar my neighbour»-Politik; sie versuchen, die Probleme abzuwälzen durch Protektionismus oder andere bedauerliche Massnahmen wie Zurückschiebung von ausländischen Arbeitnehmern, die man in der Hochkonjunktur angeworben hat.

Der Einfluss der Gewerkschaften und Demokratisierung

Je stärker die Gewerkschaftsbewegung national und international ist, desto leichter wird es uns gelingen, unsere Zielvorstellungen zu verwirklichen. Es fehlt der internationalen Gewerkschaftsbewegung sicherlich nicht an Zielsetzungen und Ansatzpunkten. Es empfiehlt sich daher, unseren Wünschen Nachdruck zu verleihen und sie durchzusetzen.

Der SGB wie auch die anderen Gewerkschaften sind seit ihrer Schaffung gegen Ende des 19. Jahrhunderts in ihrem Geist und ihren Aktionen international eingestellt gewesen. Die Solidarität zwischen den Gewerkschaften ist lebensnotwendig für die Verteidigung der Gewerkschaftsrechte und die Festigung der Demokratie. Viele Probleme, denen sich die Arbeitnehmer gegenübergestellt sehen, überschreiten die Grenzen der einzelnen Staaten und können oft nicht mehr von einer einzelnen Regierung allein gelöst werden.

Das setzt einen gut geölten europäischen und internationalen Gewerkschaftsapparat voraus, der ebenso wie die nationalen Organisationen Aktionen ankurbeln, Kundgebungen organisieren und die Öffentlichkeit mobilisieren kann, aber alles so, dass sich die Arbeitnehmer auch wirklich angesprochen fühlen.

Neben unseren eigenen, den Gewerkschaftsaktionen, gibt es noch die gewählten politischen Organe, die auf sozialpolitischem Gebiet zu den Wirtschafts- und Finanzinteressen ein Gegengewicht bilden können. Aber auch sie sind durch die Schaffung von Rahmen, die das Spielfeld des Wirtschaftsgeschehens eingrenzen, in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt. Die Unternehmen sind vom demokratischen Gesichtspunkt her jeder Kontrolle entzogen. Wie demokratisch sind denn unsere Länder eigentlich, wenn deren Bürger einerseits über das Grundrecht auf politische Meinungsäußerung verfügen, andererseits aber durch unsaubere und ohne ihr Zutun ablaufende Wirtschaftsprozesse in ihrer Existenz bedroht werden? Was ist unsere Demokratie wert, wenn man Millionen Männern und Frauen, die jetzt noch auf der Schulbank sitzen und erst

am Anfang ihres Lebens stehen, nichts anderes zu bieten hat als bestenfalls eine Sozialunterstützung?

So sehr wir natürlich das Wahlrecht aller Frauen und Männer als Basis jeden parlamentarischen Systems begrüssen, so sehr ist die praktische Beteiligung einer grösstmöglichen Zahl unserer Mitbürger am öffentlichen Geschehen erforderlich; nur so kann es zu einer Demokratie des Alltags kommen oder zu dem, was unsere französischen Kollegen «la démocratie de tous les jours» nennen.

Also genügen für die Demokratie auch auf europäischer Ebene weder Wahlakte noch Sonntagsreden; viele praktische Schritte und harte Arbeit sind im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung notwendig.

Was haben die Gewerkschaften in Europa in dieser Hinsicht getan und wo können sie ihre Anstrengungen noch verstärken?

Ich spreche jetzt nicht von den vielfältigen Bemühungen auf diesem Gebiet im nationalen Rahmen, zumal dem EGB Verbände aus 18 Ländern angehören. Ich konzentriere mich auf die europäische Ebene. Damit ist weniger die Europäische Gemeinschaft mit ihren komplexen Organisationen gemeint, als vielmehr das grosse Westeuropa, in dem der EGB seine 33 Mitgliedsverbände hat.

Überhaupt sind im Sinne einer bürgernahen Demokratisierung nicht sosehr die vielen Organe in Brüssel, Luxemburg oder Strassburg der richtige Ort, sondern europäische Kooperation und Aktion «vor Ort» vonnöten. Also dort, wo die europäischen Bürger leben und arbeiten bzw. arbeitslos sind.

Dies gilt auch für den EGB selbst. Der EGB sollte sich in stärkerem Masse von der Basis her aufbauen und verstärken; dies gilt regional wie über-regional. Ebensowenig wie ein nationaler Gewerkschaftsbund ohne starke angeschlossene Einzelgewerkschaften oder eine wirksame Regionalstruktur von Bedeutung ist, kann der EGB ohne eine Verstärkung von der Basis her existieren.

Auch deshalb hat der EGB die gewerkschaftliche Zusammenarbeit benachbarter Regionen überall dort gefördert, wo Kontakte bestehen und das Interesse an grenzüberschreitenden Diskussionen gemeinsamer Probleme besteht.

In diesem Sinne arbeiten schon seit einiger Zeit drei sogenannte «Inter-regionale Gewerkschaftsräte» (IGR), und ist Mitte dieses Monats zu meiner besonderen Freude ein vierter IGR für die Regionen Basel – Südsass – Südbaden gegründet worden. Anfang nächsten Monats folgt dann der fünfte IGR in den Regionen Rhein – Ijssel – Ems (BRD/Niederlande).

Damit hat sich eine Lücke im nördlichen Bereich Westeuropas geschlossen, aber vor allem haben sich die Grenzaktivitäten weiter nach Süden Europas ausgedehnt.

Bei diesem neuen IGR ist auch erfreulich, dass erstmals auch Gewerk-

schaften eines Nichtmitgliedstaates der EG beteiligt sind. Dazu kann der EGB insbesondere den Schweizer Kollegen gratulieren.

Dritte Welt und die internationale Gewerkschaftssolidarität

Nach diesem kurzen Ausstieg nach den «Interregionalen Gewerkschaftsräten» komme ich zu meinem letzten Thema, das auch mit Demokratie zusammenhängt. Denn Demokratie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist auch dann eine Verpflichtung, wenn es darum geht, die Solidarität mit der Dritten Welt zum Ausdruck zu bringen. Wir haben uns immer mit den Kollegen der Dritten Welt solidarisch erklärt. Daran darf sich auch in Zukunft nichts ändern. Im Gegenteil! Indes sind die Möglichkeiten, auf die wir zurückgreifen können, nicht unerschöpflich. Wir als Gewerkschaften können nicht den Platz bestimmen, den die Länder der Dritten Welt im internationalen Handel einnehmen. Dafür sind vor allem die Regierungen verantwortlich. Gerade aber unter unseren Regierungen gibt es viele, die im Nord/Süd-Dialog den Fuss auf der Bremse halten. Gerade sie lassen nichts unversucht, um – sogar mit viel Einfallsreichtum – die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung hinauszögern.

Im Kraftfeld des Handels sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik haben auch Regierungen kein grosses Gewicht. Die in unseren Ländern ansässigen multinationalen Konzerne und ausländischen Investoren – die die Länder der Dritten Welt ausbeuten und sich wenig oder gar nicht um die Menschen- und Gewerkschaftsrechte kümmern –, die haben in diesem Bereich viel mehr Macht als die Regierungen.

Vergessen wir trotzdem nicht, dass auch wir sehr am Wohlstand hängen, den wir – wenigstens teilweise – den diesem weltweiten System innerwohnenden Ungerechtigkeiten verdanken.

Die unterprivilegierten Völker und die Arbeitnehmer der Dritten Welt halten ihren Blick auf uns, das reiche Europa, gerichtet, weil sie sich fragen, was wir in bezug auf diese internationale Solidarität zustande bringen. Eines der Mittel, diese zu verwirklichen, ist die Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Aber auch der Gegendruck auf unsere Regierungen, damit sie nicht ihre Probleme auf die Entwicklungsländer abwälzen. Die Wirtschaftskrise beeinträchtigt die Solidarität zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern. Zwischen den Versprechungen der reichen Länder und der Realität besteht bereits eine grosse Kluft und verschiedene Länder neigen dazu, die öffentliche Entwicklungshilfe zu drosseln, um ihre Haushaltprobleme lösen zu können. Deshalb muss ein starker Druck auf die Regierungen ausgeübt werden.

Das Ansehen und die Glaubwürdigkeit unserer Länder werden enorm steigen, wenn sie bereit und imstande sind, sich aktiv für eine gerechte internationale Arbeits- und Wohlstandsteilung einzusetzen. Die Gewerk-

schaftsbewegung kann den Gewerkschaften in den Entwicklungsländern durch gewerkschaftliche Bildungsprogramme und zusätzliche Hilfe, beispielsweise bei Projekten im Zusammenhang mit den Grundbedürfnissen, direkte Unterstützung leisten. Es ist wesentlich, einen umfassenden Informationsaustausch anzubahnen, damit die Gewerkschaften aus den gegenseitigen Erfahrungen lernen können. Solidaritätsaktionen werden sich aus einem Informationsaustausch ganz selbstverständlich ergeben.

Den Gewerkschaften der Industriestaaten fällt ferner eine wichtige Rolle zu bei der Aufklärung ihrer Mitglieder über die unbedingt erforderliche Solidarität mit den Arbeitnehmern in den Entwicklungsländern. Auch müssen sie sich aktiv bemühen, ihre Regierungen auf die Bedürfnisse der Entwicklungswelt aufmerksam zu machen. Die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit sollte darauf abzielen, die gegenseitige Abhängigkeit der Arbeitnehmer angesichts der Internationalisierung des Kapitals aufzudecken.

Die nationale und internationale Gewerkschaftsbewegung will sich weiterhin für die Verminderung des Unrechts und der Ungleichheiten in Europa und ausserhalb auf der Grundlage der Solidarität und Gerechtigkeit einsetzen. Wir müssen den Menschen die Chance geben, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen und gleichzeitig zum Wohlergehen und Wohlstand überall auf der Welt beizutragen. Denn das Umgehen oder Nichtlösen des Entwicklungsproblems wäre nicht nur unmenschlich, sondern würde auch eine direkte Bedrohung des Weltfriedens darstellen; andererseits ist das Bestreben für Frieden und Entspannung zwischen Ost und West – wie auch die Brandt-Kommission vorgeschlagen hat – eine Voraussetzung zur Verwirklichung einer neuen Sozial- und Wirtschaftsordnung, die als Wesenselemente in sich hat: *Brot, Frieden und Freiheit*.